

Stephan Raabe	Leiter Außenstelle Polen
---------------	-----------------------------



Warschau, 12. Oktober 2007

Vermerk:

Zur politischen Instrumentalisierung der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“

Die polnische Regierung und ihr Deutschlandbeauftragter nutzen die Stiftung zur Verbreitung ihrer Verschwörungstheorien und deutschlandkritischer Resentiments

Mit zwei Publikationen macht die Stiftung für „*Polnisch-Deutsche Aussöhnung*“ unter ihrem Vorsitzenden **Dr. Mariusz Muszyński**, der zugleich Beauftragter der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Beziehungen ist, auf sich aufmerksam: Anfang September veröffentlichte die Stiftung eine Neuauflage des „*Berichts über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939 – 1945*“, der 1946 erarbeitet wurde; zudem versandte Muszyński jüngst die von der Stiftung erstellte Studie „*Die Deutschen über Polen und die Polen. Polen in den deutschen Medien in den Jahren 2006 - 2007*“. Auf den Homepages der Stiftung sowie des Polnischen Außenministeriums sind beide Publikationen in polnischer, englischer und deutscher Sprache zugänglich und wird für sie geworben.¹ Als PDF-Dateien sind sie zum Nachlesen angefügt.

Wie die jeweiligen Einführungen von **Muszyński** zeigen, ist die Platzierung der Veröffentlichung mitten im polnischen Wahlkampf wohl kein Zufall. Mit ihnen wird bewusst Politik gemacht in dem Sinne, dass durch reichlich abstruse Thesen und Verschwörungstheorien antideutsche Ressentiments geschürt werden. Pikant und traurig ist dabei, dass dies durch eine Stiftung geschieht, die eigentlich den polnischen Opfern deutscher Gewaltherrschaft sowie der Versöhnung zwischen den beiden Nachbarvölkern dienen sollte, und dies alles offiziell im Namen der polnischen Regierung gefördert und verbreitet wird.

Die Stiftung „*Polnisch-Deutsche Aussöhnung*“ ist die polnische Partnerorganisation bei der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland. Als Redakteure der Studie über die Medienberichterstattung sind der Vorstandsvorsitzende der Stiftung **Mariusz Muszyński** und ihr Vorstandssekretär **Przemysław Sypniewski** sowie **Krzysztof Rak**, Mitglied des Vorstandes der Stiftung für Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit, angegeben. Die Autorinnen sind die Koordinatorin der Abteilung für internationale Zusammenarbeit der Stiftung, **Magdalena Latkowska**, sowie **Julia Walter**, Stipendiatin des Promotionskollegs der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Geworben wird für die politische Streitschrift auf der ersten Seite der Homepage der Stiftung. Im Beirat der Stiftung sitzt als deutscher Vertreter Botschafter a.D. **Johannes Bauch**.

¹ Siehe: www.fnpn.pl/; www.pol-niem.pl/.

Die Studie zu Polen in den deutschen Medien soll die These begründen, die deutschen Medien seien im Dienste der deutschen Staatsräson tätig (siehe die Schlussfolgerungen von Muszyński und Rak unter dem Titel: "Medien und Staatsräson") und unterstützten die deutsche Diplomatie, indem sie gegenüber der polnischen Politik - gleichsam ohne Grund - eine "aggressive Rhetorik", "unberechtigte negative Beurteilungen" und "Manipulation und Suggestion" beförderten. Die "wichtigste Schlussfolgerung" daraus sei, dass Polen davon lernen müsse und eine ebenso "wirkungsvolle öffentliche Diplomatie" aufbauen müsse. "Das ist eine Voraussetzung sine qua non für den Erfolg unserer Europapolitik", schreiben die Autoren.

Ein Ranking der "gegenüber Polen kritischsten Zeitungen" am Ende der Studie identifiziert die Tageszeitungen taz, Die Welt, Süddeutsche Zeitung und FAZ sozusagen als Hauptschädlinge. Zur FAZ heißt es: "Die Beanstandungen seitens der FAZ resultieren derweil aus zu oberflächlichen Analysen ohne die entsprechende Berechtigung und Basis auf tiefgründigem Wissen über Polen. Sie äußern sich in der Verwendung harter Worte, gar aggressiven Tones. Oft beruht sie auch auf Vorführung, der Präsentation von kritisierten Persönlichkeiten als autoritär, nationalistisch, antideutsch, antieuropäisch und homophob."

Über die Pressekulisse in Deutschland um den EU-Gipfel herum wird ausgeführt: "Der Ton der Artikel, die in der zweiten Hälfte 2007 erschienen sind, hat geradezu den Charakter einer Hetzjagd." Auf zwei Seiten werden die "überwiegend kritischen Äußerungen" der deutschen Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, **Prof. Gesine Schwan**, analysiert. Neben zwei Seiten über die angeblich unfaire Behandlung der polnischen Außenministerin **Anna Fotyga** ("Jeder öffentliche Auftritt der Ministerin ... hatte eine beinahe automatische Attacke seitens der Presse zur Folge") wird auch der Bedeutung des polnischen Deutschlandbeauftragten **Muszyński** auf zwei Seiten Rechnung getragen: die deutsche Presse habe ihm vorgeworfen, "dass er die deutsch-polnischen Beziehungen verschlechtere". - Für diese These lassen sich durchaus Gründe anführen.

Der Vorstandssekretär der Stiftung "Polnisch-Deutsche Aussöhnung", **Sypniewski**, kommt schließlich zu der Schlussfolgerung: "Man könnte glauben, dass die interessante plastische Form nationaler Stereotype, die im 18. Jahrhundert die 'Völkertafel' mit der Beschreibung der Polen als Ignoranten und Wilde in seltsamer Kleidung war, von Gasthöfen und Wirtshäusern direkt in die Kolumnen führender deutscher Zeitungen gekommen ist." Soweit das Bild der deutschen Berichterstattung über Polen, dass regierungsmäßig verbreitet wird.

Der Hauptteil der Studie besteht aus einer einfachen Paraphrasierung von Zitaten, die nach bestimmten Themengruppen geordnet sind. Er enthält kaum Wertungen, ist fast durchweg deskriptiv und im Großen und Ganzen korrekt, sieht man einmal davon ab, dass Anlass und Zusammenhang der Zitate kaum genannt werden und eine Begründung fehlt, warum und in welchem Ausmaß welche Zeitungen und Zitate herangezogen wurden. Einleitung, Begleittext und Resümee der Studie enthalten dagegen scharfe Wertungen, jedoch keinerlei Belege. Diese Texte geben vor allem Aufschluss über das Denken der Autoren, die zum Beraterkreis des polnischen Präsidenten und der Regierung gehören, und damit auch darüber, wie die von ihnen Beratenen informiert werden und was sie offensichtlich auch glauben.

Deutsche Korrespondenten in Polen weisen im Zusammenhang mit der Studie darauf hin, dass sich die Berichterstattung und Kommentierung zu Polen in Deutschland kaum von der internationalen Presse etwa in Frankreich, England, Österreich oder den USA unterscheide, die teilweise sogar eher einen noch schärferen Ton angeschlage. Hier werde also ein allgemein

zu beobachtender Trend einer kritischen Berichterstattung in der westlichen Welt über die derzeitige Politik in Polen zu einem deutsch-polnischen Problem stilisiert, wenn man auch einräumen müsste, dass Polen in der Tat beim Nachbarn Deutschland mehr Aufmerksamkeit erfahre als in anderen Ländern. Die polnische Regierung nehme diese internationale Aufmerksamkeit im Übrigen als Beweis dafür, dass Polen in der Welt endlich ernst genommen werde, auch wenn sie das negative Image, das damit verbunden ist, beklage.

Hinter dieser kritischen Berichterstattung, so eine These des seit langem in Polen arbeitenden deutschen Publizisten und Wissenschaftlers **Klaus Bachmann**, stehe letztendlich ein Wertekonflikt zwischen der konservativen polnischen Regierung, den sie tragenden Bevölkerungskreisen und der westlich liberalen Zivilisation. Dieser Wertekonflikt lasse sich etwa an der unterschiedlichen Haltung zu Familie, Staat, Nation, Kirche, zur Todesstrafe, zur Homosexualität und Abtreibung und zur Meinungsfreiheit zeigen. So seien staatliche Souveränität, nationalstaatliches Denken und ethnisches Prinzip in diesen Kreisen Polens wichtiger als Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte.

Die besonders bedeutende Rolle der deutschen Zeitungsverlage in Polen wird in der Studie übrigens nicht behandelt. Sie passt auch nicht in das Bild einer im Sinne einer regierungsamtlich definierten Staatsräson tätigen deutschen Presse, denn gerade in den Zeitungen der deutschen Verlage in Polen wird eine polnisch nationale Perspektive gepflegt und das Nachbarland Deutschland kritisch und manchmal auch sehr polemisch beäugt.

Der „historischen Wahrheit“ Geltung verschaffen gegen „postkoloniale Reflexionen“

Die Neuauflage des "Berichts über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939 - 1945" aus dem Jahr 1946 wurde anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns Anfang September dieses Jahres veröffentlicht. Interessant - nicht nur in Bezug auf das Selbstverständnis der Arbeit der Stiftung "Polnisch-Deutsche Aussöhnung", sondern auch für die dahinter stehenden historisch politischen Ideologien und Verschwörungstheorien (man kann es kaum anders bezeichnen) - ist die Einführung des Stiftungsvorsitzenden Muszyński, in der er begründet, warum die Neuauflage des Berichts von 1946 "heutzutage unentbehrlich" sei.

Die Argumentation ist folgende: Eines der Ziele der Stiftung „Polnisch-Deutsche Versöhnung“, sei die "Verbreitung historischer Wahrheit". Dem hätten die polnischen Regierungen in den Jahren 1989 - 2005 "keine gebührende Aufmerksamkeit entgegen gebracht". Infolge dieses "fahrlässigen Verhaltens" assoziierten allmählich immer weniger Menschen Polen als Opfer. Für manche Deutsche werde Polen sogar "zur Quelle des deutschen Unglücks im Zweiten Weltkrieg". Deutschland habe demgegenüber eine eigene Geschichtspolitik aufgebaut. Es sei zu einer "Politisierung der Geschichte" gekommen, die sich etwa in der Vereinbarung der Großen Koalition zum Bau eines "sichtbaren Zeichens" der Vertreibung, in "aggressiven und revisionistischen Aussagen mancher deutscher Parlamentarier" und in einem gewachsenen Einfluss **Erika Steinbachs** auf die Politik Berlins gegenüber Polen bemerkbar mache.

Ziel der Publikation sei es nicht, alte Wunden aufzureißen, aber der Wahrheit zur Geltung zu verhelfen. Sie erscheine in einer "Periode, in der beunruhigende und revisionistische Signale seitens mancher medialer und politischer Kreise in Deutschland zu verzeichnen sind" und in der immer wieder auch bei der Nachkriegsgeneration Versuche zu beobachten seien, "das tragische Schicksal der Polen zu mindern, manche Ereignisse von der Kriegszeit umzuwerten,

oder sogar postkoloniale Reflexionen, die aus dem unterbewussten Schuldgefühl resultieren. Die Stiftung darf es nicht zulassen, dass diese Emotionen der guten partnerschaftlichen Nachbarschaft, beider Länder schaden."

Weiter wird ausgeführt: Die Studie spiegele nicht das gesamte Bild der tragischen Situation Polens wider. So habe Polen "auf der Grundlage eines von Moskau erzwungenen und vom rechtlichen Standpunkt zweifellos unwirksamen Beschlusses des Ministerrates vom 23. August 1953 ... auf die Reparationszahlungen verzichten" müssen. Der von den deutschen Partnern dominierte Aussöhnungsprozess habe nach 1990 bloß zu symbolischen finanziellen Leistungen geführt, die nicht einmal alle Opfer berücksichtigten. Die Unterdrücker Polens in den letzten dreihundert Jahren seien bemüht gewesen, "in Europa die Meinung zu verbreiten, dass nicht die Eroberer und Aggressoren, sondern die Polen selbst an ihrem Schicksal schuldig seien. Deshalb haben sie sich sorgsam bemüht, die Spuren der eigenen Verbrechen in der menschlichen Erinnerung verblassen zu lassen. Tatsachen wurden gefälscht und eigene Interpretationsmuster der Geschichte durchgesetzt, um die Unterschiede zwischen Täter und Opfer zu verwischen. Diesem Prozess unterliegt auch das Wissen über das Kriegsmartyrium der polnischen Nation. Welchen Schaden in Folge dieser Aktivitäten die Erinnerung ... erlitten hat, verdeutlicht die irrationale Reaktion der Medien und der Politik auf Äußerungen des Ministerpräsidenten J. Kaczyński über die polnischen Bevölkerungsverluste im Kriege vor dem Europäischen Rat im Juni 2007."

Durch diese Begründung mit ihren unbelegten Theorien und Anschuldigungen, in der durchaus richtige Detailbeobachtungen für ein falsches Gesamtbild herangezogen werden, wird dem berechtigten Anliegen, dass die Publikation der Kriegsschäden "einem breiten Publikum das Ausmaß der Tragödie näher bringt, die Polen nach dem Überfall des Dritten Reiches am 1. September 1939 erlitten hat", leider geschadet. Der Text Muszyńskis dient weder der "Wahrheit" noch der Versöhnung. Er lässt erahnen, was den anerkannten Historiker, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels und zweifachen polnischen Außenminister a.D., **Prof. Władysław Bartoszewski**, dieser Tage laut Tageszeitung *Rzeczpospolita* vom 10. Oktober zu der Aussage getrieben haben mag:

"Glaubt nicht den frustrierten oder psychisch Geschädigten, welche ihre psychischen Probleme am Volk abreagieren. Ich verbitte mir kategorisch die heftige Beleidigung Polens durch unkompetente Regierungsmitglieder und unkompetente Diplomatie-Trottel (dyplomatołków)!"

Bartoszewski, der von Seiten der **Kaczyńskis** einer „Politik auf den Knien gegenüber Deutschland und dem Westen“ gezielen wird und der Zeit seines Lebens auf seine parteipolitische Unabhängigkeit gehalten hat, sieht sich durch die für den Rechtsstaat, die Demokratie und die Außenpolitik Polens bedenklichen politischen Entwicklungen in Polen genötigt, in seinem 86. Lebensjahr für die liberal-konservative Bürgerplattform PO in den Wahlkampf zu ziehen. Er steht dem Ehrenrat von Persönlichkeiten aus Kultur und Gesellschaft vor, der die PO unterstützt. Er wird u.a. von dem ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten und Beauftragten für die Bürgerrechte, **Prof. Andrzej Zoll**, unterstützt, der sich dafür einsetzt, dass Recht und Gerechtigkeit in Polen wieder ihre ursprüngliche rechtsstaatliche geschützte Bedeutung erhielten.